

Mainz, 24.01.2014

Antrag **0229/2013/1 zur Sitzung Stadtrat am 06.02.2013**

**gemeinsamer Antrag: Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur - Weiterentwicklung der städtischen Ausländerbehörde (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP) - Neue Fassung**

Der Stadtrat möge beschließen:

Mainz verzeichnet auf Grund seiner strategischen Lage im Rhein-Main-Gebiet und seiner Bedeutung als Universitäts- und Landeshauptstadt traditionell hohe Zahlen von Ausländerinnen und Ausländern, die nach Mainz kommen. Aktuell leben Menschen aus über 160 Herkunftsländern in unserer Stadt. Sie sind gekommen zum Arbeiten, Forschen, Studieren, zum Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz oder weil sie sich eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien erhoffen. Menschen kommen für eine begrenzte Zeit oder um sich dauerhaft bei uns niederzulassen.

Internationale Mobilität und Zuwanderung stellen vor dem Hintergrund sich abzeichnender gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen eine wichtige Säule zur nachhaltigen Sicherung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolgs dar.

Für eine weltoffene und multikulturelle Stadt wie Mainz ist es wichtig, dass Zuwanderer gut aufgenommen und bei ihrer Integration unterstützt werden. Eine der ersten und für Zuwanderer wichtigsten Anlaufstellen ist die Ausländerbehörde. Sie ist für sie quasi das Gesicht der Stadt Mainz.

Ziel muss es daher sein, eine Willkommens- und Servicekultur in der Ausländerbehörde zu etablieren. Die Stadt Mainz hat hier in den vergangenen Jahren bereits viele gute Ansätze in Richtung Freundlichkeit und Unterstützungsorientierung entwickelt. Diese gilt es im Sinne einer Willkommens- und Anerkennungskultur weiter auszubauen und als Bestandteil der Organisationskultur zu festigen.

Seitens des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz gibt es Bestrebungen Ausländerämter zu Willkommens- und Migrationsbehörden weiterzuentwickeln. Sowohl Bund wie das Land stellen hierzu Fördermittel zur Verfügung. Der Bund hat das Land aufgerufen, kommunale Standorte zu benennen, die sich an entsprechenden Projekten beteiligen.

Die Verwaltung wird daher gebeten,

1. die konzeptionelle Weiterentwicklung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde im Sinne einer Willkommens- und Anerkennungskultur verstärkt fortzusetzen. Neben einer interkulturellen und serviceorientierten Ausrichtung kommt der Integration eine zunehmende Bedeutung zu. Die Ausländerbehörde und die Einbürger-

rungsbehörde sollen deshalb kontinuierlich zu einer Migrationsbehörde weiterentwickelt werden.

2. bei dem zuständigen Ministerium für Integration in RLP die Bereitschaft zur Teilnahme an einem zweijährigen Modellprojekt „Ausländerbehörde als Willkommensbehörde“ zu erklären. Die Finanzierung erfolgt über Bundes- bzw. Landesmittel.
3. Zu prüfen, ob es sinnvoll ist, weitere Bereiche der Verwaltung an dem geplanten Projekt zu beteiligen.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich

Dr. Eckart Lensch (SPD-Stadtratsfraktion)

Ansgar Helm-Becker (Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Koppius (FDP Stadtratsfraktion)